

Feuilleton



Die Schriftstellerin Sharon Dodua Otoo hat vor Jahren die BDS-Boikottbewegung gegen Israel unterstützt. Heute würde sie das nicht mehr tun, ließ sie wissen.

ANETTE REDL/OPF 21

Wer cancelt, muss genau prüfen

Abgesagte Lesungen, zurückgenommene Bücher: Vor dem Hintergrund des Gazakrieges ist der Kulturbetrieb verunsichert

HARRY NUTT

Das Selbstverständnis, aus der sicheren Schreibstube heraus auf die Ungerechtigkeiten in der Welt zu blicken und zu einem eindeutigen Urteil zu kommen, ist dahin. Verdächtig war diese Haltung, mit der Solidarität verteilt und der eigene Seelenhaushalt beruhigt werden konnte, schon immer.

Zweifel drangen indes nur bedingt durch. Zu den brutalen Regimen in – sagen wir Südafrika oder Chile – konnte es doch kaum zwei Meinungen geben, oder? Es schien lange naheliegend, sich angesichts der Wahl zwischen Moral und Interessenpolitik auf der Seite der Moral zu verorten. Eine kursorische Durchsicht der Nachrufe auf den früheren amerikanischen Außenminister Henry Kissinger müsste zu dem Ergebnis gelangen, dass die selbstbewusste Vertretung staatlicher Interessen noch immer eine schlechte Presse hat.

Intellektuelle Faulheit

Eine Revision einfacher Sichtweisen und belastbare Begriffsarbeit aber scheint nötiger denn je, wenn einem hinsichtlich des Vorgehens der israelischen Armee in Gaza Vokabeln wie Genozid, Apartheid und Siedlerkolonialismus um die Ohren fliegen und als Blindgänger auf den Debattenfeldern niedergehen. Im Gespräch mit dem Spiegel hat der israelische Schriftsteller Tom Segev den inflationären Gebrauch solcher Termini kürzlich als intellektuelle Faulheit bezeichnet.

Wenn es nur das wäre. Vielmehr geht es um Diskurslosigkeit in rauer werdenden Zeiten oder, so die Politikwissenschaftlerin Hanna Pieler, um die Kollektivierung durch Parolen, zu denen voraussetzungsreiche Theorien über deutsche Kollektivschuld wie ein Kaugummi gereicht werden: „Free Palestine from German Guilt“ erklart es unlängst auf einer Demonstration vor dem Auswärtigen Amt. Unter dem Stichwort Schuldkultur war man bislang eher geneigt, solch einen Gedankenketzer dem rechten Milieu zuzuordnen.

Ganz so simpel ist es allerdings nicht. Das gilt erst recht für die schnell von der Hand gehende Kennzeichnung als Cancel-Culture für alles, was dieser Tage im politisch-kulturellen Raum gestrichen, widerrufen und aufgehoben wird. Die Stimmung ist aufgeheizt, und die Verhaltensunsicherheit von Museumsleitern, Theaterintendanten und Kuratoren ist groß.

Die lärmenden Reaktionen, in denen mit Bezug auf den Krieg in Gaza abgesetzte Ausstellungen und Kulturveranstaltungen als Ergebnis eines neuen McCarthyismus gedeutet werden, sind meist selbst Ausdruck einer dramatischen Diskursverengung.

Nicht zu übersehen sind allerdings die Häufung von Antisemitismussuvorfällen und die wie eine schwere Beweislast aus der Vergangenheit aufoppenden Unterschriftenlisten. Letztere zeugen von einem omnipräsenten Drang zu Bekennnissen sowie von einer zornigen Lust an der Enthüllung. In solch einer Atmosphäre gesteigerten Misstrauens können Kulturinstitutionen und Veranstalter nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. War man geneigt, die gerichtlichen Auseinandersetzungen um Roger Waters-Konzerte als eine spektakuläre Ausnahme zu verstehen, so scheint der Kulturbetrieb insgesamt das Selbstverständnis liberaler Vielsinnigkeit verloren zu haben.

Wie aber kommt man heraus aus der verflinten Hermeneutik des Verdachts? Ein lehrreiches Beispiel künstlerischer Integrität hat gerade die in Berlin lebende britisch-deutsche Schriftstellerin Sharon Dodua Otoo gegeben. Auf Vorwürfe, vor einigen Jahren die Boykottbewegung BDS unterstützt zu haben, räumte sie freimütig ein, dass sie dies heute nicht mehr tun würde. Den ihr bereits zugesprochenen Peter-Weiss-Preis der Stadt Bochum nahm sie nicht an und schlug vor, das Preisgeld an eine gemeinnützige Organisation zu stiften.

Das war gewiss mehr als eine devote Geste zur Befriedung einer alle Beteiligten beschuldigenden Situation. Anstatt sich beleidigt einzufügen, nahm Otoo eine Neubewertung ihres politischen Handelns vor. Im Statement schrieb sie: „Um die Wahrheit zu finden, muss man diskutieren. Kunst und Kultur haben dabei eine besondere Rolle. Wir müssen dabei Platz für Dissens haben, um gemeinsam um Verständigung zu ringen. Deshalb bin ich dankbar, wenn ich auf meine Fehler hingewiesen werde.“ Sollte diese Form des reflexiven Innehaltens nicht Schule machen?

Darüber hinaus bedarf es sorgfältiger Kasuistik, gerade auch im Sinne einer künstlerischen Wahrtätigkeit. Will man nicht in die Falle ideologischer Lesarten tapen, verdient jeder einzelne Fall, etwa die Absage einer Ausstellung der jüdisch-südafrikanischen Künstlerin Candice Breitz in Saar-

brücken oder die aus dem Programm genommene Tagung bei der Bundeszentrale für Politische Bildung zur deutschen Erinnerungskultur eine genaue Betrachtung.

Die Streichung einer Lesung der Schriftstellerin Deborah Feldman im Wiener Gartenbau-Kino mit Verweis auf die Sicherheitslage bestärkt Feldman nur in ihrem vielfach geäußerten Verdacht, sich gerade als Jüdin nicht kritisch zu Israel äußern zu können. Da spielt es fast keine Rolle,

um was es geht. Das ist die verschwämte Formulierung für den Ruf nach einem Schlussstrich unter der geschichtlichen Verantwortung. Das mag unerträglich sein, verboten ist es nicht. Anschließend jedoch gipfelt Schwilks Argumentation in der infamen Bemerkung: „Das schlechte Gewissen lässt sich nämlich auch anzupfen. Wie das geht, haben uns die Erben der israelischen Opfer der Olympischen Spiele von München 1972 perfekt vorgeführt.“



„Free Palestine from German Guilt“ (Befreit Palästina vom deutschen Schuldgefühl) steht auf einem Banner bei einer Demonstration vor dem Auswärtigen Amt.

das Feldman eine der meistgehörten Stimmen in der internationalen Debatte zum Krieg in Gaza ist. Und nicht jede Verschiebung oder Absage ist ein Fehler, wie eine inzwischen vom Markt genommene Veröffentlichung der Evangelischen Verlagsanstalt zeigt. Unter dem Titel „Angst, Politik, Zivilcourage“ war dort ein von Sebastian Kleinschmidt und Thomas A. Seidel herausgegebener Sammelband erschienen, in dem sich Heimo Schwilk, der Ernst-Hüniger-Biograf und frühere Redakteur der Wochenzeitung Rheinischer Merkur, mit dem „deutschen Medien im Panikmodus“ befasst hat.

Einfach so durchgerechnet?

Selbst wenn man Schwilks Beitrag als volkspädagogische Übung im Verständnis der Formel „Mit Rechten reden“ aufgenommen hat, so lässt sich ein Kernsatz seines Textes nicht mit beschwichtigender Neugier lesen. Schwilk moniert deutsche Reparationszahlungen einer von Moral getriebenen Regierung für „lange zurückliegende Kriegesstö-

runen“. Das ist die verschwämte Formulierung für den Ruf nach einem Schlussstrich unter der geschichtlichen Verantwortung. Das mag unerträglich sein, verboten ist es nicht. Anschließend jedoch gipfelt Schwilks Argumentation in der infamen Bemerkung: „Das schlechte Gewissen lässt sich nämlich auch anzupfen. Wie das geht, haben uns die Erben der israelischen Opfer der Olympischen Spiele von München 1972 perfekt vorgeführt.“

lohnt, vor dem Hintergrund gegenwärtiger Debatten über Antisemitismus, Cancel-Culture und Diskursfreiheit, noch einmal genauer betrachtet zu werden.

Im Sommer 2002 hatte sich der Suhrkamp-Verlag entschlossen, das eben erst in der Jubiläumsserie „40 Jahre Edition Suhrkamp“ erschienene Traktat „Nach dem Terror“ des kanadischen Philosophen Ted Honderich aus dem Programm zu nehmen. Spektakulär war diese Entscheidung schon deshalb, weil niemand Geringeres als Jürgen Habermas den Text zur Veröffentlichung empfohlen hatte.

Unmittelbar nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 hatte Honderich sich aufgerufen gefühlt, „vergessene ethische Grundfragen neu zu stellen“ (wie es in einer Klappentext-Formulierung des Suhrkamp-Verlages hieß). Wie können wir Grausamkeiten gegen andere bewerten? lautete eine dieser Fragen, deren Beantwortung Micha Brumlik, zu diesem Zeitpunkt Leiter des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt, als eindeutig antisemitisch grundiert auffasste. In einem in der Frankfurter Rundschau veröffentlichten Offenen Brief (den ich als Leiter des FR-Fuilletons damals zu verantworten hatte) forderte Brumlik den Suhrkamp-Verlag auf, „das Buch unverzüglich vom Markt zu nehmen“.

Er verwies dabei ausdrücklich auf die Tradition des Suhrkamp-Verlages, der „Gershom Scholem verlegt hat und einen jüdischen Verlag sein Eigen nennt“, nun aber philosophischen Judentum publiziere. Der Kernsatz, der Brumlik zu diesem Schluss brachte, lautet: „Ich für meinen Teil habe keinen ernsthaften Zweifel (...), dass die Palästinenser mit ihrem Terrorismus gegen Israel ein moralisches Recht ausgeübt haben. Sie hatten ein moralisches Recht, das dem moralischen Recht etwa der afrikanischen Menschen in Südafrika gegenüber ihren weißen Sklavenhändlern und dem Apartheidstaat in nichts nachsteht. Diejenigen Palästinenser, die zu unvermeidlichen Tötungen als Mittel gegriffen haben, waren im Recht zu versuchen, ihr Volk zu befreien; und diejenigen, die sich selbst für die Sache ihres Volkes getötet haben, haben sich in der Tat selbst gerechtfertigt.“

2001 kurzerhand als Akt der Befreiung nobilitierte.

Warum aber soll man sich heute noch einmal mit so etwas befassen? Nach dem Suhrkamp-Rauswurf war die Wirkung des Textes, der später im Frankfurter Melzer-Verlag erneut veröffentlicht wurde, im deutschen Sprachraum eher gering. Selbst Habermas hatte sich in der Frankfurter Rundschau von seiner vorherigen Empfehlung distanziert. An einer Stelle, an der Honderich davon spricht, dass die Juden „als Hauptopfer von Rassismus in der Geschichte (...) von ihren Peinigern gelernt“ haben, habe er „laut aufgestöhnt“. Anscheinend hat er den Text zuvor eher flüchtig gelesen.

Früher Verbreiter

Seine Wirkung hat Honderichs Traktat dennoch erzielt. Dessen Rechtfertigung terroristischer Gewalt hielt nach in den weltweiten Solidaritätsbekundungen für Palästinenser, und auch die Beziehung Israels als Apartheidstaat hatte in Honderich einen frühen und entscheidenden Vertreter. Unmittelbaren Einfluss hat der inzwischen 90-jährige Philosoph auf Jeremy Corbyn, den wegen seiner notorisch antisemitischen Haltungen seit jeder in der Kritik stehenden früheren Chef der britischen Labour Party.

2015 war zudem bekannt geworden, dass Corbyn eine Spende über 5000 Pfund ausgerechnet von Ted Honderich angenommen hatte. Kurz zuvor hatte Honderich seine israelienfeindliche Haltung in einem Artikel für den Guardian bekräftigt: „Die Palästinenser haben ein moralisches Recht auf ihren Terrorismus im historischen Palästina gegen den Neo-Zionismus. (...) Der Terrorismus kann, wie in diesem Fall, genauso gut Selbstverteidigung, Freiheitskampf, Märtyrertum, Abschluss einer auf wahrer Menschlichkeit beruhenden Auseinandersetzung sein.“

Mit den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 vor Augen wird man als aufgeklärter und zur Empathie fähiger Zeitgenosse kaum anders können, als diese Sätze mit dem Ausdruck des Entsetzens, aber auch der Beschämung zu lesen. Der eliminatorische Antisemitismus der Hamas hat seinen versessenen Übersetzer in die westlichen Diskursräume schon sehr früh gefunden. Die Erinnerung an den Fall Honderich macht allerdings auch deutlich, dass mit akademischer Zurückweisung und der Entfernung aus einem Verlagsprogramm kaum etwas gewonnen ist.